

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN
Finanz- und Wirtschaftsdienst

s.C.41.Afr.S.100.O.-MB/dem
s.C.41.Afr.S.111.O.

VERTRAULICH

SUEDAFRIKAS STELLUNG IN DER WELTWIRTSCHAFT

- I. Eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Südafrika

- II. Die wirtschaftlichen Beziehungen Südafrikas zur Schweiz

November 1981

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
I. TEIL:	
Eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Südafrika	8
1. <u>Einführung</u>	1
2. <u>Bevölkerung, Beschäftigung, Einkommensverteilung</u>	
a) Einwanderung - Auswanderung	2
b) Arbeitsmarkt	2
c) Einkommensverteilung	3
d) Entwicklungen im Arbeitsbereich	4
3. <u>Rohstoffe</u>	
a) Bodenschätze	8
b) Gold	9
c) Uran	11
d) Diamanten	12
4. <u>Energie</u>	
- Kohle	14
- Erdöl	15
- Nuklearenergie	16
5. <u>Verarbeitende Industrie</u>	18
6. <u>Landwirtschaft</u>	20

7. <u>Transportsysteme</u>	
- Eisenbahn	21
- Häfen und Schiffstransport	21
8. <u>Aussenhandel</u>	23
9. <u>Investitionen</u>	26
10. <u>Geld, Budget, Inflation, Wirtschaftswachstum</u>	
a) Währungspolitik	28
b) Südafrika und die internationalen Kapitalmärkte	30
c) Budgetpolitik	32
d) Inflation	33
e) Wirtschaftswachstum	34
f) Einkommenspolitik	34
11. <u>Multinationale Unternehmen und Verhaltenskodex</u>	35
12. <u>Mögliche Auswirkungen von Wirtschaftssanktionen</u>	
a) Auswirkungen auf Südafrika	38
b) Auswirkungen auf die übrigen Staaten, insbesondere die Nachbarstaaten	41
13. <u>Schlussfolgerungen</u>	46

II. TEIL:

Die wirtschaftlichen Beziehungen
Südafrikas zur Schweiz

1. Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen	47
2. Aussenhandel	48
3. Kapitalexporte	50
4. Investitionen	52
5. Exportrisikogarantie	53
6. Schweizer Banken	54
7. Umfang und wirtschaftliche Bedeutung des "Goldgeschäftes" Schweiz-Südafrika	55
8. Schweizerische Firmen in Südafrika	58
9. Uran und Atomtechnologie	61

I. TEIL:

Eine Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in Südafrika

1. Einführung

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung hängen in Südafrika eng zusammen. Eine Eskalation des politischen Konflikts, wie sie 1976 stattfand, hat negative Auswirkungen auf die Wirtschaft. Die Verschlechterung der Wirtschaftslage, vor allem ein Ansteigen der bereits hohen Arbeitslosigkeit unter der schwarzen Mehrheit und ein Absinken des Lebensstandards, führt ihrerseits zu einer grösseren Unzufriedenheit und Radikalisierung.

Neben diesen mehr vom aktuellen Geschehen verursachten Problemen weist die südafrikanische Wirtschaft jedoch gewisse grundlegende Strukturschwächen auf, die mit dem politischen System, vor allem mit der Apartheid-Politik, wiederum eng verbunden sind. Mit der vorliegenden Arbeit soll versucht werden, diese Zusammenhänge zu klären sowie die Stellung Südafrikas in der Weltwirtschaft und in der näheren Region zu untersuchen.

2. Bevölkerung, Beschäftigung, Einkommensverteilung

Nach neuester Zählung beträgt die Bevölkerungszahl in Südafrika 30,4 Mio, wovon 6,6 Mio in den sog. Homelands leben. Von den 23,8 Mio in Südafrika Lebenden entfallen 4,45 Mio auf Weisse, 2,55 Mio auf Mischlinge, 792'000 auf Asiaten und 15,97 Mio auf Schwarze. Das Bevölkerungswachstum beträgt 2,5 % pro Jahr, 1,7 % für die weisse, 2,2 % für die farbige, 2,4 % für die asiatische und 2,7 % für die schwarze Bevölkerung.

a) Einwanderung - Auswanderung

Nachdem es im Gefolge der politischen Verunsicherung (Soweto) in den Jahren 77 und 78 zu Abwanderungsverlusten kam, hat sich der Trend wieder gekehrt. 1980 betrug der Zuwanderungsgewinn 18'000 (1979: 3'000), eine Ziffer, die im laufenden Jahr noch übertroffen wird, wenn die gegenwärtige Entwicklung anhält. Südafrikas wirtschaftlich günstige Entwicklung bildet die Ursache für die starke Zuwanderung aus Grossbritannien. Als Folge der unsicheren Zukunftsaussichten in Zimbabwe hält auch der Zustrom aus dieser Gegend unvermindert an. Dem kritischen Mangel an qualifizierten Berufsleuten, der die Wirtschaftsentwicklung hemmend und inflationsfördernd beeinflusst, wird indessen nicht durch Zuwanderung, sondern nur durch gezielte Schulung der schwarzen Arbeitskraft beizukommen sein.

b) Arbeitsmarkt

Die Zahl der südafrikanischen Erwerbstätigen betrug 1980 10,5 Mio, davon 7,3 Mio Schwarze, 1,9 Mio Weisse und 1,28 Mio Farbige und Asiaten. In der Fabrikation waren 1,3 Mio, im Baugewerbe 0,5 Mio und im Bergbau 0,52 Mio beschäftigt.

Die Zahl der arbeitslosen Weissen, Asiaten und Mischlingen ging, nachdem sie in den Jahren der wirtschaftlichen Rezession kontinuierlich angestiegen war, seit 1978 zurück und betrug Ende 1980 rund 18'000. Für die schwarze Bevölkerung gibt es keine offiziellen Zahlen. Schätzungen nennen rund 1,4 - 2 Millionen.

Obwohl das markante Wirtschaftswachstum der jüngsten Zeit auch zu einer Anhebung der Produktivität führte, gehört diese zu den grundlegenden Problemen der süd-afrikanischen Wirtschaft. In diesem Zusammenhang ist, neben andern Ursachen, auch die fortdauernde Arbeitsunrast zu nennen, die sich in jüngster Zeit noch akzentuierte. Die zahlreichen Streiks zielen auf eine wirtschaftliche Besserstellung der schwarzen Arbeiterschaft ab, die besonders unter der die niedrigen Einkommensschichten hart treffenden Geldentwertung zu leiden haben. Wenn sich auch eine fortschreitende Annäherung der Einkommen der verschiedenen Rassen feststellen lässt, so bleiben doch immer noch beträchtliche Unterschiede bestehen.

c) Einkommensverteilung

Eine der Hauptkritiken an die Adresse Südafrikas betrifft die ungleiche Einkommensverteilung unter den Rassen. Dabei wird indessen den Gegebenheiten dieses Landes, wo das Nord-Südgefälle täglich Erfahrungsrealität ist, oft kaum Rechnung getragen. Das Land hat eine doppelte Wirtschaftsstruktur mit einer hoch entwickelten Industrie im weissen Gebiet und einer Subsistenzwirtschaft in den schwarzen Homelands. Dies wie auch der entscheidende Ausbildungsunterschied ist zu berücksichtigen bei der Feststellung, dass die sozialen Unterschiede sehr ausgeprägt sind. Die Schwarzen (72 % der Gesamtbevölkerung) verfügten 1978 über etwa 28 % des Volkseinkommens, während auf die Weissen (17 % der Gesamtbevölkerung) 68 % entfielen.

d) Entwicklungen im Arbeitsbereich

Die von der Regierung zur Ueberprüfung arbeitsrechtlicher Gesetze und Praktiken eingesetzte Wiehahn¹⁾-Kommission empfahl in ihrem im Frühling 1979 nach zweijährigen Recherchen veröffentlichten Bericht grundlegende Reformen. Die wichtigsten Empfehlungen lauten:

- Eliminierung der "job-reservation"
- Einführung des Prinzips "gleiche Arbeit - gleicher Lohn"
- Gewährleistung der Gewerkschaftsfreiheit für Nicht-Weisse
- Aufhebung der Gesetze, die unterschiedliche Behandlung der Rassen in Fabriken, Büros und Geschäften vorsehen
- Aufhebung der Rassenunterschiede in der Arbeitslosenversicherung
- Ersetzung des bisherigen Industrierichtshofes
- keine Diskriminierung bei der Wahl von Lehrstellen
- Einsetzung einer nationalen Kommission für Beschäftigungsfragen

Hingegen soll gemäss der Mehrheit der Wiehahn-Kommission das bisher in verschiedenen Arbeitssektoren angewandte "closed shop"-System, welches einzelnen (weissen) Gewerkschaften ermöglicht, mit den Arbeitgebern auszuhandeln, dass bestimmte (oder alle) Arbeitsplätze allein an ihre Mitglieder vergeben werden können, beibehalten werden. In diesem Sinne hat sich auch die im letzten Jahr tätig gewordene nationale Kommission für Beschäftigungsfragen in einer jüngst verabschiedeten Stellungnahme an die Regierung geäussert.

1) Professor für Arbeitsrecht an der Universität Johannesburg

Die Regierung hat die im Bericht enthaltenen Empfehlungen grundsätzlich akzeptiert, doch wurde bei der bisher angegangenen Realisierung ein vorsichtiger Kurs gesteuert, der eine kontrollierte Entwicklung unter Beibehaltung der Stabilität und der Vorherrschaft der Weissen anstrebt.

Die Anpassungen und Reformen vollziehen sich überwiegend im Rahmen des herkömmlichen politischen und wirtschaftlichen Systems. Dies verdeutlichen etwa die von der Regierung akzeptierten Empfehlungen zu Fragen der Berufsausbildung der Schwarzen (2. Wiehahn-Bericht). Danach soll die Ausbildung für Schwarze im "weissen Gebiet" ermöglicht, die Ausbildungsstätten aber getrennt gehalten und die Ausbildungssysteme und Lehrpläne verschieden gestaltet werden. Die bestehende grosse zahlungsmässige Diskrepanz bei der Lehrlingsausbildung (in den ersten 5 Monaten 1981 entfielen von insgesamt 3'621 registrierten Lehrverträgen 102 oder weniger als 4 % auf Schwarze) ist vorab eine Folge mangelhafter schulischer Vorbildung, die das Angebot fähiger schwarzer Kandidaten stark einschränkt, wie auch das Ergebnis erfolgreicher Sperrmanöver seitens weisser Gewerkschaften.

Bedeutsam sind die im Gefolge des Wiehahn-Berichts eingetretenen Entwicklungen auf dem Gewerkschaftsgebiet. Mit der im August 1981 vom Parlament verabschiedeten ergänzenden arbeitsrechtlichen Gesetzgebung ist es nun endlich der gesamten organisierungswilligen schwarzen Arbeiterschaft ermöglicht, sich von registrierten Gewerkschaften vertreten zu lassen, wobei - über Wiehahn hinausgehend - nun auch integrierte Gewerkschaften offiziell zugelassen sind.

Das schwarze Gewerkschaftswesen befindet sich heute insgesamt in einer Phase der Konsolidierung und des Ausbaus der Organisationsstruktur, nachdem es eine recht stürmische erste Entwicklungsphase erlebte. Mancherlei Friktionen ergeben sich nicht nur mit dem Staat, der der gewerkschaftlichen Entfaltung nur in festumrissenen Grenzen Raum zugesteht, sondern auch mit Arbeitgebern und zwischen den einzelnen Organisationen als Folge vielfältiger persönlicher und ideologischer Interessendivergenzen und gegenseitiger Konkurrenzierung bei der gewerkschaftlichen Erfassung der Arbeiterschaft.

In Ergänzung zur Wiehahn-Kommission wurde P.J. Riekert, ehemaliger wirtschaftlicher Berater des Ministerpräsidenten, beauftragt, die Situation der "urban blacks" zu durchleuchten und Empfehlungen zur Verbesserung derselben vorzuschlagen.

Der Bericht schlägt folgende wichtige Neuerungen vor:

- Die sogenannte "influx-control" - d.h. die Ueberwachung der Zuwanderung von Schwarzen in die städtischen Gebiete mittels der verpönten Passgesetze - soll in Zukunft für alle Rassen gelten.
- Nicht der illegal Arbeitende, sondern der ihn anstellende Arbeitgeber soll für solches Verhalten bestraft werden (Diese Regelung ist in Kraft getreten).
- Aufhebung des nächtlichen Ausgangsverbots für Schwarze in weissen Gebieten.

- Abschaffung des "urban areas act", welcher einem Schwarzen den Aufenthalt in einem städtischen Gebiet nicht länger als 72 Stunden erlaubt.
- Recht auf Familiennachzug für "städtische Schwarze" (als solcher wird angesehen, wer in einem schwarzen "Township" geboren ist oder dort während 10 Jahren ununterbrochen für denselben Arbeitgeber gearbeitet hat und/oder dort während 15 Jahren rechtmässig residiert hat).
- Ersetzung der "reference books", die jeder Schwarze stets auf sich zu tragen hat, durch "travel documents", welche von den Homelands ausgestellt werden sollen.

Eine die zentralen Anliegen des Berichts betreffende Gesetzgebung steht noch immer aus.

Zielsetzung beider Berichte ist nicht eine Absage an die Doktrin der getrennten Entwicklung, unaufgebbares ideologisches Kernstück der NP-Regierungspartei, vielmehr die Absicht, das System effizienter und weniger anstössig zu machen. Es sind ganz offensichtlich mehr praktische, den Realitäten und Sachzwängen sich anpassende Gesichtspunkte als eine plötzliche "liberale" Denkweise, welche zu diesen Massnahmen führten.

3. Rohstoffe

a) Bodenschätze

Nur wenige Länder sind so reich an mineralischen Rohstoffen wie Südafrika. Die Kaprepublik hat die grössten bekannten Lagerstätten der Welt an Gold, Platin, Chrom, Mangan, Vanadium und Fluor und besitzt grosse Vorkommen an Antimon, Asbest, Kohle, Kupfer, Diamanten, Eisen, Blei, Nickel, Titan, Uran und Zink. 1980 betrug der Export von Mineralien 73 % der Gesamtausfuhren Südafrikas.

Die weltweite Vorrangstellung in der Produktion von Rohstoffen, die für den westlichen Industriebedarf von grosser Bedeutung sind, macht Südafrika für alle westlichen Industriestaaten zu einem nicht leicht substituierbaren Rohstofflieferanten. Die Frage, inwiefern die südafrikanischen Rohstofflieferungen für die westlichen Industriestaaten lebenswichtig sind, ist nicht leicht auszumachen. Ein südafrikanischer Lieferboykott dürfte vorübergehend gewisse Beschaffungsschwierigkeiten verursachen und damit zu Verknappungserscheinungen führen. Katastrophale Folgen für die westlichen Industriestaaten sind aber aus zwei Gründen nicht zu erwarten:

- Trotz der bedeutenden Stellung als Produzent und Reservehalter von Rohstoffen fällt die Position Südafrikas zu wenig ins Gewicht, um das Räderwerk der Weltwirtschaft ins Stocken zu bringen.

- Die Tatsache, dass die meisten Rohstoffe in den seltensten Fällen problemlos abgebaut werden können und sich oft noch durch eine geringe Ergiebigkeit auszeichnen, belastet Südafrika mit Investitions- und Technologieproblemen, die nur mit Hilfe des Auslandes gelöst werden können.

b) Gold

Eine überragende Stellung in der Wirtschaft Südafrikas nimmt das Gold ein. Es trägt zu 18 % zum BIP bei und erwirtschaftet rund 1/3 der gesamten Exporteinnahmen. Im vergangenen Jahr waren es 10 Mia Rd.

Der Anteil am westlichen Förderpotential beträgt 75 %. 1970 erreichte die Produktion mit 1000 t einen Spitzenwert und ging in der Folge kontinuierlich zurück: 1978: 705 t/ 1979: 703 t/ 1980: 674 t. Das Ergebnis von 1980, die niedrigste Förderung in 2 Jahrzehnten, ist eine direkte Folge der Goldpreissteigerungen, die die Minen veranlassten, eher weniger ergiebigere als reichhaltige Erze abzubauen. Verschiedene Erschliessungs- und Erweiterungsprogramme bezwecken u.a. auch die Herrichtung ärmerer Lagerstättenanteile für den Goldbergbau.

Eine Produktionserhöhung wird im laufenden Jahr nicht vermutet (Förderungca. 670 t), indessen ist beabsichtigt, die gesamte Produktion am Markt abzusetzen, um das erwartete Zahlungsbilanzdefizit auszugleichen. Im Vorjahr

wurden 1,4 Mio Unzen den Reserven der Zentralbank zugefügt entsprechend der seit vergangenem Jahr befolgten Goldverkaufspolitik, die Finanzministerium und Reservebank das Recht vorbehält, je nach Marktverfassung und Bedürfnislage einen Teil der Goldproduktion zurückzubehalten.

Südafrika hat in den letzten zwei Jahren seine Vermarktungskanäle stark diversifiziert. Nach neuesten Schätzungen werden nur noch 40 % der Goldbarren und Krügererrand in der Schweiz abgesetzt (vgl. Seiten 55, 56); 25 % werden in London, 15 % in Frankfurt, 10-15 % in New York und 5-10 % in Südostasien auf den Markt gebracht.

Eines der Hauptprobleme der Minen stellt der sich akzentuierende Mangel an Facharbeitern aller Sparten sowie eigentlicher Spezialisten dar. Der gezielten Schulung und Förderung von Angehörigen aller Rassen stehen die in der Bergbauindustrie fortbestehenden rechtlichen Bestimmungen entgegen, die die weisse Arbeiterschaft privilegieren ("job reservation"). Die Unstabilität und die zahlreichen Wechsel auf dem Arbeitsmarkt - schwarze Wanderarbeiter schliessen mit den Goldminen kurzfristige Arbeitsverträge ab - wirken sich für die Produktivität hemmend aus.

Eine wichtige Rolle insbesondere auch für die Deviseneinnahmen der Heimatländer spielen die ausländischen Arbeitskräfte im südafrikanischen Goldbergbau. Die grössten Kontingente stellten 1980 Lesotho, Mosambik, und Botswana. Nachdem Mitte der 70er Jahre Mosambik vorübergehend seine Arbeitskräfte zurückgezogen hatte, kam es nach Abschluss eines Abkommens über die Entlohnung der Arbeiter in Gold zu einer Rückkehr der Bergleute.

Im Gegensatz zum früheren Abkommen, wo der Lohn auf der Basis des offiziellen Goldpreises entrichtet wurde, wird nun der Lohn zum jeweiligen Weltmarktpreis verrechnet. Die Saläre werden direkt an die Regierung von Mosambik ausbezahlt, welche ihrerseits die Entlohnung in lokaler Währung ausrichtet.

Das Wiederaufleben der monetären Rolle des Goldes ist ein nicht zu übersehendes Kennzeichen der aktuellen Lage auf dem Goldmarkt. Die durch den IWF angestrebte Demonetisierung des Goldes war nur teilweise erfolgreich. Inflation und Dollarbewegungen haben dem Gold so etwas wie seine klassische Funktion zurückgegeben. Das neue europäische Währungssystem (EWS) hat dem Gold ebenfalls eine Rolle zugewiesen (Goldswaps der Zentralbanken an den FECOM). In diesen Zusammenhang gehört auch die gegenwärtig in den USA geführte Diskussion über eine Rückkehr zum Goldstandard. Ebenso ist ein starker Trend zum Kauf von Goldmünzen (Krügerands), vor allem in den USA und der BRD, festzustellen. Der Verkauf von Krügerands betrug seit 1970 22,5 Mio Stück, was der Jahresproduktion von 1977 (700 Tonnen) entspricht. Gold ist somit wieder zu einem sicheren Garanten in ökonomisch schwierigen Zeiten geworden und hat gleichzeitig zur wirtschaftlichen Stärkung Südafrikas beigetragen.

c) Uran

Südafrika ist mit einem Marktanteil von ca. 20 % nach den USA und Kanada der drittgrösste Uranproduzent der westlichen Welt. Die Uranproduktion betrug 1980 6084,4 t. Es bestehen

weitere Expansionspläne mit einer vermuteten Produktion um 10'000 Tonnen zu Beginn der nächsten Dekade. Die geschätzten Vorräte betragen 390'000 t. In Südafrika gefördert Uran ist zu 95 % ein Beiprodukt der Goldproduktion.

Die Uraniumproduzenten waren im vergangenen Jahr mit nachlassender Nachfrage und sinkenden Preisen konfrontiert. Obwohl keine offiziellen Daten betreffend Export vorliegen, wird angenommen, dass es kaum zu wesentlich höheren Einnahmen kam. Angesichts eines Ueberangebots auf den Weltmärkten und zurückgestellten Plänen betreffend den Bau von Atomkraftwerken in verschiedenen Ländern, scheinen die Aussichten für eine Zunahme der Exporterlöse sehr gedämpft.

d) Diamanten

Schon früh war Südafrika der grösste Diamantenproduzent der Welt. Die Firma De Beer nimmt beinahe eine Monopolstellung ein, sowohl in der Förderung als auch in der Vermarktung.

1980 wurden für 553 Mio R (entsprechend 18,7 % der Bergbauexporterlöse ohne Gold) Roh- und Industriediamanten abgesetzt. Dies bedeutet eine 1 %ige Zunahme der Einkünfte im Vergleich zum Vorjahr. Angesichts der schwachen Verfassung des Marktes wird für 1981 mit schlechteren Ergebnissen als 1980 gerechnet. Den Platz als zweitwichtigsten Devisenbringer im Bergbausektor hinter Gold musste 1980 an die Kohle abgetreten werden.

Südafrikas Produktion und Exporte 1978-1979

E r z e u g n i s	1 9 7 8		1 9 7 9	
	Produktion in tausend t	Export in Mio R	Produktion in tausend t	Export in Mio R
Gold (t)	704	3'900	703	5'842
Silber (1000 kg)	97	15	100	30
Diamanten (1000 Karat)	7'727	446	8'384	547
Antimon	16	10	20	21
Chrom	3'144	75	3'296	75
Kupfer	206	210	190	294
Eisenerze (Mio t)	24	220	32	294
Mangan	4'412	114	5'182	174
Nickel	n.a.	32	n.a.	42
Zink	130	14	107	16
Andalusit	112	9	134	12
Asbest	258	113	249	107
Kohle (Mio t)	90	874	104	1'142
Phosphat (Mio t)	19	62	19	62
Zinn	2	29	2	29
Gesamtexport ¹⁾		6'875		9'768

1) Enthält auch in der Tabelle nicht aufgeführte, u.a. nicht mehr offiziell ausgewiesene Mineralien (Uran, Platin, seltene Erden, andere strategische Mineralien)

Quelle: Bergbauministerium

4. Energie

Der Energiekonsum eines Landes ist in der Regel ein brauchbarer Indikator, um den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung festzustellen. Südafrika steht an 19. Stelle weltweit und konsumiert mehr als 50 % der in Afrika verbrauchten Energie. Während der letzten zehn Jahre stieg der Energiekonsum um jährlich 5 %. Südafrika ist in der glücklichen Lage, ca. 75 % des Energiebedarfs mit eigener Kohle zu decken. Die restlichen 25 % fallen auf Erdöl (ca. 20 %) und Wasserkraft.

- Kohle

Südafrika ist stark von seinen Kohlevorkommen abhängig, die 75 % des Gesamtenergiebedarfs und 90 % des Strombedarfs decken. Gegenwärtige Schätzungen geben an, das Land verfüge über rund 60 Mia t abbaubare Reserven. Rund ein Viertel der Fördermenge wird im kostengünstigen Tagebau abgebaut. Rund 55% wird in thermischen Kraftwerken zur Elektrizitätsgewinnung verwendet. In den letzten Jahren erlebte der Export als Folge fortgesetzt steigender ausländischer Nachfragen sowie durch den Ausbau des Hafens Richards Bay einen markanten Anstieg. Wurden 1978 noch 12 Mio t exportiert, so waren es 1980 29,2 Mio t, die 688 Mio R (+ 35 % gegenüber 1979) einbrachten. Damit wurde die Kaprepublik drittgrösster Kohleexporteur der Welt nach den USA und Australien. Hauptabnehmer sind u.a. Frankreich und Japan.

Für den Ausbau bestehender und die Erschliessung neuer Felder sowie der Infrastruktur werden in den 80er Jahren beträchtliche Investitionen bereit gestellt (2 Mia Rand).

Es bestehen Pläne, die Förderung bis zur Jahrtausendwende zu verdoppeln (1980 rund 112 Mio t), ein Unterfangen, das durch gute Lagerungsbedingungen und relativ niedrige Investitionskosten erreicht werden sollte. 1985 wird mit einer Exportfördermenge von 44 Mio t gerechnet, um die Jahrtausendwende mit 80 Mio entsprechend rund 16 % des gesamten Weltkohlehandels. In Berücksichtigung dieser mittel- und langfristigen Zielsetzungen wurde auch die bisher festgelegte maximale Ausfuhrquote für die 10 massgeblichen Fördergruben von 44 Mio t, die 1984 ausgeschöpft wäre, jüngst auf 80 Mio ausgeweitet.

- Erdöl

Der einzige Rohstoff, der Südafrika zur völligen Energieunabhängigkeit fehlt, ist das Erdöl. Die von der "Southern Oil Exploration Corporation" (SOECOR) betriebene off-shore Exploration erbrachte kaum mehr als den Nachweis von Oel Spuren. Erdgas ist in bescheidenem Ausmass gefunden worden. Erdöl macht ungefähr 20 % des Energiekonsums aus. Die Regierung hat strikt darauf geachtet, über seine Herkunft nichts bekannt zu geben. Es war indessen bekannt, dass bis zum Sturz des Schahregimes der Iran den grössten Teil (ca. 90 %) der benötigten Menge lieferte. Von den Ayatollahs boykottiert, muss sich das Land nun auf dem freien Markt von Rotterdam eindecken, was bei angespannter Marktlage Mehrkosten verursacht. Die strategischen Reserven dürften, wie angenommen wird, etwa 3 Jahre oder mehr ausreichen.

In der Substitution von Erdöl nimmt Südafrika eine führende Stellung ein, sowohl in der Produktion als auch in der Technologie. Seit 1955 produziert Sasol Oel aus Kohle, wofür jährlich 5,5 Mio t Steinkohlen verbraucht werden. Sasol II sollte Ende dieses Jahres fertiggestellt sein, und die Arbeiten für Sasol III (Investition über 4 Mia R) gehen weiter voran. Die Anlage ist bereits zu 80 % fertig erstellt und mit der Produktion soll im Verlauf des nächsten Jahres begonnen werden. Man rechnet damit, dass die 3 Werke ab 1984 47 % von Südafrikas Oel- und Benzinbedarf zu decken vermögen, wofür 33 Mio t Kohlen bereitzustellen sind.

Im Bereich der alternativen Energiesubstitution kommen auch den Produktionsversuchen von Ethanol und Methanol Bedeutung zu, wofür seitens der führenden südafrikanischen chemischen Industrien beträchtliche Investitionen benötigt werden.

- Nuklearenergie

Im Rahmen des von Präsident Eisenhower lancierten Programms "Atoms for Peace" wurde 1957 zwischen den USA und Südafrika ein Abkommen zur nuklearen Zusammenarbeit unterzeichnet. Dies führte zur Lieferung des "Safari 1" genannten Forschungsreaktors durch die Firma Allis Chanders. Safari 1 wurde 1964 in Pelindaba bei Pretoria in Betrieb genommen. Der Reaktor untersteht den Kontrollen durch die IAEA und die amerikanische Energiebehörde.

Da die USA unter Carter die Unterzeichnung des Non-proliférationsabkommens zur Voraussetzung für die Lieferung von weiterem hochangereichertem Uran machten - eine Bedingung, die Südafrika indessen nicht akzeptierte -, musste Safari 1 seinen Betrieb auf einen Achtel der geplanten Kapazität einschränken. Seither hat Pretoria ernsthafte Anstrengungen unternommen, den benötigten Reaktorbrennstoff lokal zu produzieren. In jüngster Zeit hat die "Uranium Enrichment Corporation" eine beschränkte Menge von 45 %ig angereichertem Uranium hergestellt, das in Brennelemente umgewandelt wurde. Gleichzeitig wurde seitens der hiesigen Atomenergiebehörde ein Programm zur Herstellung der für den Betrieb von Safari 1 benötigten Brennelemente lanciert.

Südafrika hat ein spezielles Trennverfahren zur Herstellung von angereichertem Uran entwickelt. Der Nachteil dieses Verfahrens ist der grosse Energiebedarf. Mit der billigen Kohle als Energiequelle ist das Land jedoch in der Lage, seinen Eigenbedarf an angereichertem Uran in absehbarer Zeit zu decken.

Es ist nicht vorgesehen, den Brennstoffzyklus des im Bau befindlichen Kernkraftwerkes selbst zu schliessen. Wegen der relativ geringen Mengen des in Südafrika anfallenden abgebrannten Kernbrennstoffes würde sich der Bau einer eigenen Aufarbeitungsanlage wirtschaftlich nicht lohnen. Falls sich die amerikanische Energiebehörde der Wiederaufarbeitung widersetzen sollte, so kann Südafrika den "Wegwerfkreislauf" wählen. Es ist darum geplant, die Brennelemente wenn nötig direkt der Endlagerung zuzuführen. Für die Endlagerung radioaktiver

Abfälle aller Art gibt es besonders im Norden der Kapprovinz eine Vielzahl von gut geeigneten geologischen Formationen.

5. Verarbeitende Industrie

Ein Viertel des Bruttosozialproduktes wird derzeit von der verarbeitenden Industrie geschaffen. Es werden grosse Anstrengungen gemacht, um diesen Anteil zu vergrössern. Ein beträchtlicher Teil der vom Binnenmarkt benötigten Investitionsgüter wird heute in Südafrika selbst hergestellt. Ein breites Angebot von Konsumgütern, insbesondere Nahrungsmittel, Textilien, Bekleidung, Metallprodukte, Papier und Papierprodukte, werden exportiert. Die erfolgreiche diversifizierte industrielle Entwicklung wird seit ihren Anfängen begünstigt durch eine protektionistische Politik der Regierung. Diese hat seit langer Zeit eine dezentralisierte Industrie mit regionalen Förderungsmassnahmen unterstützt.

<u>Anzahl:</u>	<u>1957</u>	<u>1964</u>	<u>1970</u>	<u>1972</u>	<u>1975</u>	<u>1978</u>	1)
Firmen	10'291	11'944	13'121	12'671	15'352	15'461	
Beschäftigte	66'850	831'960	1'095'570	1'131'061	1'273'400	1'325'400	
Beschäftigte/Firma	64	70	83	89	86	86	

1) Angabe 1976

Quelle: South African Yearbook 1980/81

Zwischen 1965 und 1975 wies die Industrie ein durchschnittliches Wachstum von 14,4 % auf. Spitzenreiter war die Basis-Chemie mit 29 %. Die grössten Exportüberschüsse erwirtschafteten die Nahrungsmittelindustrie, die Chemie und Metallindustrie. Nachdem die Industrieproduktion rückläufige Tendenz aufwies (1976: - 0,2 %, 1977: - 6,4 %), hat wieder eine positive Entwicklung eingesetzt (1978: 3 %).

Die südafrikanische Industrie hatte 1980 eines ihrer besten Jahre der Nachkriegszeit mit einer realen Wachstumsrate von 12 %. Eine breite Produktionspalette weist auf den fortgeschrittenen Entwicklungsstand hin. Der Exportanteil der Industrieprodukte beträgt indessen noch immer weniger als 1/3 der Gesamtausfuhren. Die wichtigsten Industriebranchen sind Chemie und Plastik (7,6 Mia R Verkäufe 1980), Nahrungsmittel, Getränke, Tabak (7 Mia R), Eisen und Stahl (3,8 Mia R) und Autoindustrie.

Der Anstieg in der Industrieproduktion führte auch zu einem Anstieg neuer Arbeitsplätze (+ 4,6 %). Gleichzeitig wurde aber auch der akute Mangel an ausgebildeten Arbeitskräften deutlich, dieses für die weitere wirtschaftliche Expansion wohl ernsteste Problem.

6. Landwirtschaft

Südafrikas Landwirtschaft hat zwei grundverschiedene Seiten. Einerseits die Subsistenzlandwirtschaft in den von der schwarzen Bevölkerung bewohnten Gebieten, andererseits die kommerziell orientierte, mechanisierte Landwirtschaft der weissen Farmer. Der Anteil am Bruttosozialprodukt beträgt 7 - 8 % je nach Ernte. In den fünfziger Jahren waren es noch um die 15 %.

Der kontinuierlich abnehmende Anteil der landwirtschaftlichen Produktion an der Gesamtausfuhr (ohne Gold) beträgt heute noch 18 %. Die Nahrungsmittelindustrie, die grösste Industriebranche des Landes, verarbeitet ausschliesslich einheimische Produkte. Die wichtigsten sind:

Mais, Zuckerrohr, Weisen (zur Bedarfsbefriedigung sind allerdings zusätzliche Importe nötig), Fleisch, Trauben, Zitrusfrüchte, etc.

Rund ein Drittel der landwirtschaftlichen Produktion wird exportiert, wovon die Hälfte nach Europa (Wolle, Zitrusfrüchte, eingemachte Früchte etc.). Wichtigstes Exportprodukt ist indessen mit Abstand Mais, dessen Export vorrangig in afrikanische Länder mit dazu beiträgt, das dort bestehende chronische Nahrungsdefizit auszugleichen.

Die Landwirtschaft beschäftigt 29 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung und ist der wichtigste Arbeitgeber für Nicht-Weisse (rund 1 Mio Schwarze).

7. Transportsysteme

Die Transportinfrastruktur Südafrikas besteht aus einem umfassenden Eisenbahnnetz, mehreren gut ausgebauten Handelshäfen, einer inländischen und einer internationalen Fluggesellschaft, einem breitgefächerten Strassennetz sowie zwei Pipelines, eine für raffiniertes Oel und eine für Rohöl. Als Folge der Expansion der Handelstätigkeit sieht das Land bedeutende Ausbauinvestitionen (7,5 Mia R für die nächsten 5 Jahre) im Bereich Infrastruktur und Kommunikation vor.

- Eisenbahn

Das Netz erstreckt sich über 23'447 km und wird durch die staatliche Eisenbahngesellschaft betrieben. Die grossen Kohlevorkommen legten Dampfbetrieb nahe. 6'777 km werden elektrisch betrieben und das seit einiger Zeit gestartete Elektrifizierungsprogramm soll beschleunigt vorangetrieben werden. Die Eisenbahn nimmt eine sehr wichtige Rolle für den Transport von Rohmaterialien (Kohle und Erze) ein. In der überregionalen Zusammenarbeit mit den anderen australafrikanischen Ländern ist ihre Stellung bedeutend.

- Häfen und Schiffstransport

Die Häfen Südafrikas spielen für den afrikanischen Subkontinent eine wichtige Rolle. Alle umliegenden Staaten sind bis zu einem gewissen Grad davon abhängig, vor allem die Binnenstaaten Botswana, Lesotho, Swasiland, Zimbabwe und Zambia.

Als Folge der Zuwachsraten bei Ein- und Ausfuhren nimmt die Umschlagstätigkeit der südafrikanischen Häfen ständig zu. Die wichtigsten sind:

Umgeschlagenes Gut in Tonnen 79/80

Richard's Bay	25'674'487
Durban	19'756'715
Saldanha Bay	17'034'059
Port Elizabeth	6'785'300
Table Bay (Kapstadt)	4'917'145

Die in den letzten Jahren eröffneten Häfen Richard's Bay und Saldanha Bay wurden für die Ausfuhr von Rohstoffen errichtet und widerspiegeln in ihren Werten deutlich die starke Belegung des Umschlags. Richard's Bay, vor allem für den Kohlenexport bestimmt, soll im Endausbau Schiffe bis zu 250'000 t Ladungskapazität aufnehmen können. Das südafrikanische Hafensystem soll bis zu 70 % auf Containersystem umgestellt werden.

Die südafrikanische Handelsmarine ist die bedeutendste in Afrika. Im Jahr 1975 waren 957 Schiffe mit einer Kapazität von 550'670 Registertonnen registriert.

8. Aussenhandel

	<u>1970</u>	<u>1974</u>	<u>1975</u>	<u>1976</u>	<u>1977</u>	<u>1978</u>	<u>1979</u>	<u>1980</u>
Exporte	1453	3345	3907	4532	5803	7270	8844	9'705
(davon Gold):		2565	2540	2346	2795	3863	6003	10'141

Importe	2582	4905	5445	5859	5126	6274	9739	14'288
Saldo	- 1129	- 1560	- 1638	- 1327	+ 677	+ 996	- 5108	+ 5'558

(Mio Rand, 1 Rand = ca. SFr. 2.--)

Quelle: South African Reserve Bank

Nach Ländern (Mio Rand):

	1960		1965		1970		1975		1978		1979		1980	
	Im	Ex	Im	Ex	Im	Ex	Im	Ex	Im	Ex	Im	Ex	Im	Ex
USA	210	59	331	100	423	129	985	435	987	1350	1239	1410	1952	1648
BRD	111	35	191	56	374	110	1034	445	1275	667	1308	931	1860	800
GB	315	270	495	358	561	447	1097	928	1044	1218	1253	991	1739	1385
Japan	45	30	100	76	221	181	612	491	824	762	800	958	1291	1206
Frankreich	24	29	47	37	88	38	245	115	475	276	471	352	542	407
Italien	32	27	70	38	104	43	203	92	221	198	251	347	439	382
Schweiz	17	5	30	6	50	5	140	171	168	463	182	1507	239	1240

Quelle: South African Reserve Bank

Seit 1977 ist die südafrikanische Handelsbilanz positiv. Der spektakuläre Handelsbilanzüberschuss der Jahre 79 und 80 ist praktisch ausschliesslich den als Folge der Preissteigerungen rasant angestiegenen Einkünften aus dem Goldverkauf zuzuschreiben, die mehr als die Hälfte der Exporteinnahmen ausmachen. Der 1980 noch grössere Ueberschuss wurde trotz eines wertmässigen Anstiegs der Warenimporte um 47 % und abnehmender Zuwachsrate bei den Exporten erzielt, da die Golderlöse um 69 % in die Höhe schossen.

Wichtigste Ausfuhr Güter:

Gold, Kohle, Diamanten, Uran, Platin, Vanadium, Asbest, Textilien/Wolle, Landwirtschaftsprodukte

Wichtigste Einfuhr Güter:

Maschinen, mechanische Apparate, elektrische Ausrüstungen, Transportmittel, chemische Produkte, Textilien

Die Aussenhandelsstruktur Südafrikas gleicht jener eines Entwicklungslandes: Die Importe bestehen zu einem grossen Teil aus Investitionsgütern und synthetischen Rohstoffen; die Exporte hauptsächlich aus Primärprodukten.

Südafrika wickelt unvermindert nahezu vier Fünftel seines Aussenhandels mit den OECD-Ländern, vor allem USA, BRD und GB, ab.

Seit 1978 sind die USA Südafrikas grösster Handelspartner, seit 1980 auch wichtigster Lieferant. Einen über 50%igen Anstieg erlebten die japanischen Importe im vergangenen Jahr. Japan ist ein wichtiger Lieferant beim Sasol III - Projekt sowie u.a. von Motorfahrzeugbestandteilen. In jüngster Zeit hat sich der Handel mit verschiedenen kleineren Ländern stark entwickelt, zum Teil im Gleichschritt mit einer Verfestigung der politischen Beziehungen: Taiwan, Israel, Chile.

Als Folge stark angewachsener Diamantenlieferungen sowie umfangreicher Krügerrand-Verkäufe rangierte die Schweiz 1979 nach südafrikanischer Statistik als wichtigster Exportmarkt und 1980 trotz Rückgang als drittgrösster Absatzmarkt.

9. Investitionen

Nachdem die Investitionen in den Jahren 1975-78 ständig zurückgingen, kam es in den folgenden beiden Jahren zu einer Wende. Bekanntlich war es seit 1978 Zielsetzung staatlicher Fiskalpolitik, Wachstumsförderung nicht durch erhöhte staatliche Ausgaben, sondern durch Förderung des privaten Konsums sowie durch Investitionen zu betreiben. Nach einer leichten Zunahme der Investitionen 1979 um 2 % war dann das hohe Wirtschaftswachstum 1980 (8 %) auch von einer markanten Zunahme der Investitionen (+ 12,5 %) begleitet, für die vorab der Privatsektor verantwortlich zeichnete. Namhafte Investitionen wurden in den Bereichen Industriebetriebe, Transport, Lagerungsfazilitäten und Kommunikation getätigt.

Die Kapitalbilanz Südafrikas war bis 1977 traditionell negativ. Als Entwicklungsland mit einer rapid wachsenden Bevölkerung ist Südafrika, obschon es bereits zahlreiche Industrien besitzt, die sich im internationalen Vergleich auf einem hohen Stand befinden, auf ausländische Investitionen angewiesen. Südafrika erhielt denn auch während der letzten Jahrzehnte etwa 10 % des Bedarfs an Anlageinvestitionen aus dem Ausland. Ausländische Gesellschaften beherrschen verschiedene Schlüsselbereiche der südafrikanischen Wirtschaft. Zu diesen gehören die Automobil-, die Computer-, die Chemie- und Erdölindustrie sowie ein grosser Teil der Maschinenindustrie. Zu den wichtigsten Investoren gehören Grossbritannien, die USA, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Japan und die Schweiz. Für den ausländischen Investor ist Südafrika mit seinen schnell wachsenden Märkten, den relativ niedrigen Steuersätzen verbunden mit hohen Investitionsanreizen und seiner marktwirtschaftlichen Ausrichtung ein wirtschaftlich attraktives, politisch jedoch risikoreiches Land. Die ungewisse politische Zukunft veranlasst bereits heute viele Investoren zu Vorsicht und Zurückhaltung.

1977 war die Kapitalbilanz erstmals seit langem positiv, d.h. es wurde mehr Kapital aus- als eingeführt. Der Netto-Kapitalabfluss betrug 1979 2,5 Mia R und 1980 2,3 Mia. Als Gründe dieser Entwicklung sind zu nennen bedeutende Rückzahlungen von Auslandsschulden seitens des Privatsektors wie der öffentlichen Hand angesichts der hohen Zinssätze auf den Auslandsmärkten wie auch gleichzeitig der reichlichen Eindeckung des einheimischen Marktes mit Mitteln und vergleichsweise niedrigen Zinssätzen. Auch beim Abfluss von kurzfristigem Kapital zeigt sich einerseits der Trend zur Rückzahlung der Auslandsverpflichtungen

gleichzeitig aber auch der Uebergang von ausländischer zu inländischer Handelsfinanzierung.

Südafrika hat ferner auch einen Grossteil seiner Schulden in Fremdwährungen zurückbezahlt. Ende März 1980 betrug die Auslandsverschuldung der Regierung deutlich weniger als 1 Mia Rand, und die durch die Regierung garantierte langfristige Verschuldung (insbesondere Darlehen von Iscor, Escom, South African Railways, Sasol) machte 6,5 Mia Rand oder 14 % des Bruttoinlandproduktes aus, was von Experten als niedrig bezeichnet wird.

10. Geld, Budget, Inflation, Wirtschaftswachstum

a) Währungspolitik

Aufgrund der Empfehlungen einer unter dem Vorsitz des Stellvertretenden Gouverneurs der südafrikanischen Zentralbank, Dr. Gerhard de Kock, stehenden Kommission hat die Regierung 1979 bedeutende Aenderungen im Devisenhaushalt beschlossen:

Der offizielle Rand soll gegenüber dem Dollar floaten, wobei sich die Zentralbank eine gewisse Steuerung vorbehält, um allzu starke Schwankungen zu vermeiden. Der offizielle Rand wird zum "Commercial Rand" umbenannt.

Der gegen die Kapitalflucht geschaffene "Securities Rand" wird zum "Financial Rand". Die prekäre Lage der Kapitalbilanz Südafrikas hatte zu Beginn der sechziger Jahre gewisse Restriktionen in der Kapitalausfuhr erfordert. Personen im Ausland, die an der Börse südafrikanische Wertpapiere (securities) erworben hatten, wurde bei späterem Verkauf der Erlös zu einem zweiten Devisenkurs, dem "Securities Rand" gutgeschrieben. Mit der Zeit bildete sich ein Markt für diese Währung, die zu einem zwischen 30 und 40 % niedrigeren Kurs gehandelt wurde. Zum ursprünglichen Anwendungsbereich - den Handel in südafrikanischen Wertpapieren - kam dann allerdings die Auflage, dass auch nicht an Wertpapiere gebundene Kapitalzahlungen ins Ausland über den "Securities Rand" abgewickelt werden müssen, selbst wenn die Einfuhr über den offiziellen Rand erfolgt war.

Um die ausländischen Investitionen vermehrt anzuziehen, hat die Regierung beschlossen, den günstigeren "Financial Rand" auch für die Einfuhr von Kapital im weitesten Sinn zugänglich zu machen. Dividenden können demgegenüber zum Kurs des "Commercial Rand" ausgeführt werden. Die Ausdehnung des Geltungsbereiches des "Financial Rand" soll ferner in beschränktem Umfang auch den in Südafrika wohnhaften Personen in Form einer freieren Gestaltung von Kapitalüberweisungen ins Ausland zugute kommen.

Fernziel der südafrikanischen Währungspolitik ist die Schaffung eines einzigen Wechselkurses für den Rand, der frei floatend im Devisenmarkt seinen eigenen Kurs finden soll.

Zur Belebung der ausländischen Anlagetätigkeit sind ferner die bisherigen Beschränkungen für die Aufnahme von Krediten auf dem einheimischen Kapitalmarkt flexibler gestaltet worden. Ausländisch kontrollierten Gesellschaften wurden die Kreditlimiten zur lokalen Geldaufnahme verdoppelt, d.h. es können nun Kredite bis zu 50 % des ausländischen Aktienkapitals am Platz aufgenommen werden.

b) Südafrika und die internationalen Kapitalmärkte

Nach den Soweto-Unruhen von 1976 wurde es für Südafrika immer schwieriger, im Ausland öffentliche Anleihen aufzulegen. Sogar Privatplazierungen wurden nicht mehr gezeichnet. Eine zunehmende Zahl von Ländern waren nicht mehr bereit, dem Land Kredite zu gewähren. Pressionen kirchlicher Kreise und einflussreicher Anti-Apartheid-Organisationen führten dazu, dass der wichtige englische und amerikanische Kapitalmarkt immer schwerer zugänglich wurde. Erschwerend kam noch dazu, dass auch die wirtschaftliche Entwicklung, 1977 war das Jahr des Nullwachstums, kaum zu günstigen Prognosen ermunterte. Die erfolgreichen Wirtschaftsjahre 1979 und 1980, die auf breiter Basis eine Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivität erbrachten und mit Ueberschüssen in der Zahlungsbilanz abschlossen, sowie das günstige Investitionsklima und günstige Rahmenbedingungen, führten zu einer völligen Neueinschätzung der Lage. Die internationale Kreditwürdigkeit erlebte deshalb eine tiefgreifende Verbesserung, was u.a. zu einem erneut verstärkten breiten Interesse der ausländischen Banken für

diesen Markt führte, wobei in jüngster Zeit besonders die US-Banken aktiv in Erscheinung treten. Das BERI-Institut der Universität Delaware plazierte in diesem Jahr Südafrika an 13. Stelle der "Kreditwürdigkeits-Rangliste", nachdem es 1980 auf den 18. und 1979 auf den 20. Platz gesetzt wurde.

Südafrika plazierte im Herbst 1980 ohne Mühe auf dem deutschen Kapitalmarkt eine öffentliche Anleihe von 120 Mio DM (Dauer: 7 Jahre, Zins 9 %) sowie einen Finanzkredit von 250 Mio Dollar auf dem Eurodollarmarkt (Kreditgeber ein Bankensyndikat unter der Federführung der Dresdner Bank; Mitbeteiligung der SBG. Kreditdauer: 7 Jahre. Zinsrate: 7/8 % über Libor für die ersten 2 Jahre, 1 % über Libor für die restlichen 5 Jahre). In einem Kommentar erklärte Finanzminister Horwood, sein Land habe im Prinzip momentan keine ausländischen Kredite nötig, da es über genügend eigene Mittel verfüge. Bei diesen Anleihen gehe es jedoch darum, die südafrikanische Präsenz auf dem internationalen Kapitalmarkt zu markieren.

In Bankenkreisen bezeichnet man heute Südafrikas "borrowing capacity" besser denn je, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass es - im Hinblick auf eine langfristig ungewisse politische Entwicklung - südafrikanischen Kreditnehmern nicht gelingt, Fälligkeiten von über 7 Jahren auszuhandeln.

c) Budgetpolitik

Nach einer auf Wachstumsförderung durch Stimulierung der Aktivität des Privatsektors abzielenden staatlichen Budgetpolitik der vergangenen 2 Jahre, die gleichzeitig einen zurückhaltenden Kurs bei der Ausweitung staatlicher Ausgaben steuerte, kehrte man 1981 zu einer sog. konservativen Staatshaushaltsplanung zurück, die mit einer Politik strikter Finanzdisziplin und straffer monetärer Politik bestrebt ist, wieder Kontrolle zu gewinnen über eine Entwicklung, die als Folge einer exzessiven Ausweitung der Geldversorgung (+ 27 %) zu einer akzentuierten Nachfrageinflation und starker Importtätigkeit führte. Gleichzeitig wird indessen darauf geachtet angesichts einer abflachenden Wirtschaftsentwicklung nicht durch zu rigorose Handhabung einen "over-kill" Effekt zu erzielen.

Herausragende Posten im staatlichen Ausgabenbereich sind seit geraumer Zeit Besoldungserhöhungen im öffentlichen Dienst, Aufwendungen für Erziehung und Ausbildung, die auf allen Stufen und die gesamte Bevölkerung umfassend 18,2 % der Gesamtaufwendungen ausmachen sowie die Verteidigungsausgaben, die im Budget 81/82 um 30 % erhöht wurden und 15,5 % der Gesamtausgaben betragen.

d) Inflation

Seit Jahren ist die Teuerungsrate zweistellig. 1980 betrug sie - schlechtestes Ergebnis der letzten 6 Jahre - 13,8 %. Die Ursachen dafür sieht man neben der importierten Inflation auch in inländischen Entwicklungen begründet und hier hauptsächlich in gewissen strukturellen Gegebenheiten der Wirtschaft (Fehlen einer Konkurrenzsituation in gewissen Wirtschaftssektoren, Fortführung einer Politik der Selbstversorgung in strategischen Bereichen unter Inkaufnahme höherer Preise) sowie einer immer ausgeprägteren Nachfragesteigerung.

Sah sich Südafrika 1979 noch hauptsächlich mit einer Kosteninflation konfrontiert, so bewirkten 1980 die starke Ausweitung der Geldversorgung (+ 27 %) - als Folge des Anstiegs der Gold- und Devisenreserven um 356 Mio Rand und einer Zunahme der Bankkredite an den Privatsektor von 3,2 Mia Rand - und die sowohl im Vergleich zum Ausland als auch zur einheimischen Inflationsrate tiefen Zinssätze eine allgemeine akzentuierte Nachfrageinflation.

Die Regierung misst der Inflationsbekämpfung insbesondere in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor vorrangige Priorität zu. Sie ist bestrebt, eine verbesserte Kontrolle der Geldversorgung zu erreichen, etwa durch ausgeweitete Offenmarktgeschäfte der Reservebank, eine aktivere öffentliche Verschuldungspolitik des Treasury und ein Ansteigenlassen der Zinssätze auf das natürliche marktorientierte Niveau. Trotz dieser Anstrengungen rechnet man für 1981 bestenfalls mit gleichbleibender Teuerungsrate.

e) Wirtschaftswachstum

Das ausgeprägte Wirtschaftswachstum der 60er und frühen 70er Jahre flachte nach 1974 stark ab. Ab 1978 setzte ein zuerst langsamer Wirtschaftsaufschwung ein, der 1980 mit einer realen Wachstumsrate des Bruttoinlandproduktes von 8 % kulminierte. Die den Wirtschaftsaufschwung begleitenden Ueberhitzungserscheinungen führten 1981 zu einer Verlangsamung der realen Wachstumsrate, die im ersten Halbjahr noch 4 1/2 % betrug. Im zweiten Halbjahr wird mit weiterer wirtschaftlicher Abflachung und deutlich langsamerem Wachstum von BIP, Investitionen und gesamtwirtschaftlichem Verbrauch gerechnet. Nachteilig wird der Wirtschaftsgang auch beeinflusst vom gesunkenen Goldpreis und den Folgen rezessiver Entwicklung in Südafrikas wichtigsten Exportabnahmeländern. Das Land tritt nach einem bedeutenden Wachstumsjahr in eine Phase der Konsolidierung und Anpassung ein.

f) Einkommenspolitik

Trotz ungebremstem Inflationsauftrieb war 1980 eine reale Zunahme der durchschnittlichen Einkommen zu verzeichnen (2,5 % für weisse Arbeiter; 4,4 % für nicht-weisse Arbeiter laut offiziellen Angaben). Strittig scheint indessen zu sein, wie weit insgesamt etwa die schwarze Bevölkerung vom Wirtschaftswachstum profitierte, lag doch die Geldentwertung für die niedrigeren Einkommensschichten beträchtlich höher (um 20 %) angesichts übermässig verteuerter Nahrungsmittel (+ 30 %), deren Anteil bei den Ausgaben in dieser Einkommensgruppe bekanntlich vergleichsweise höher liegt. Wo indessen Lohnerhöhungen gewährt wurden, betrugen sie im Schnitt 12-15 %!

11. Multinationale Unternehmen und Verhaltenskodex

Die multinationalen Unternehmen und Gesellschaften nehmen in der südafrikanischen Wirtschaft eine sehr wichtige, teilweise dominierende Stellung ein.

Fast alle grossen multinationalen Unternehmen haben in Südafrika investiert und eine Niederlassung eröffnet. Gegenwärtig sind 375 amerikanische Unternehmen in Südafrika niedergelassen. Die traditionell starken Interessen Grossbritanniens widerspiegeln sich auch in einer eindrücklichen Firmenpräsenz (1'200). Die Bundesrepublik ist mit 300 Firmen vertreten. Die schweizerischen Interessen werden im bilateralen Teil Schweiz-Südafrika behandelt.

Zusätzlich zu den von mehreren UN-Organen verabschiedeten Resolutionen haben einige Regierungen Massnahmen ergriffen, welche die Tätigkeit der multinationalen Gesellschaften in Südafrika beeinflussen sollen. England und Australien erliessen Kodizes mit Verhaltensmassnahmen. In Kanada, den USA (Sullivan-Code) und Schweden ergriffen private Kreise die Initiative, um die jeweiligen aus ihren Ländern stammenden Unternehmen zu veranlassen, die schwarzen Arbeiter besser zu stellen. Im September 1977 verabschiedete der Ministerrat der EG einen freiwilligen Verhaltenskodex für Unternehmen aus EG-Staaten mit Niederlassungen in Südafrika. Dieser Kodex stellt Forderungen zur Verbesserung der industriellen Beziehungen, der Stellung der Wanderarbeiter und der Anstellungs- und Lebensbedingungen der schwarzen Arbeiter. Sanktionen und Massnahmen sind der Verantwortung der einzelnen EG-Regierungen überlassen.

Folgende Forderungen sind darin enthalten:

- Freie Arbeitsplatzwahl
- Gewerkschaftsfreiheit
- Arbeitsplatzgewährung nach Fähigkeiten
- bessere Sozialleistungen
- Abbau der Rassenschranken am Arbeitsplatz
- Jährliche Berichterstattung über die Anwendung des Kodexes.

Der EG-Kodex geriet von allen Seiten unter Beschuss. Den Gewerkschaften ging er zuwenig weit, vor allem weil er keine Sanktionen vorsah. Die europäischen Arbeitgeberverbände taten den Kodex als politische Einmischung in die interne Wirtschaftspolitik Südafrikas ab.

Die südafrikanischen Arbeitgeber schufen ihren eigenen Kodex (Saccola-Kodex), der sehr viel weniger weit geht, ihnen aber mit Rücksicht auf die lokalen Verhältnisse realistischer erscheint.

Verschiedene Regierungen haben zusätzliche Massnahmen ergriffen, die die südafrikanische Regierung zum Einlenken in der Apartheidfrage zwingen sollen:

- Japan erliess 1978 ein Kapitalexportverbot
- Kanada gewährt keine Exporthilfen mehr (ERG, Kreditversicherung)

- Die Bundesrepublik Deutschland limitiert die Exportrisikogarantie auf 50 Mio DM (Ausnahmebewilligungen möglich) und gewährt Garantien bis längstens 8 Jahre. Zudem müssen deutsche Unternehmen, die in den Genuss der ERG kommen wollen, den EG-Kodex respektieren.
- Schweden hat ab 1. Juli 1979 ein Investitionsverbot in Südafrika erlassen.
- Norwegen hat eine Kommission eingesetzt, die den Auftrag erhielt, die Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika zu überprüfen. Norwegen hat bereits die Exportrisikogarantie für Lieferungen an Südafrika abgeschafft und erteilt auch keine Kapitalexportlizenzen für Investitionen in Südafrika.
- Nigeria hat im Herbst 1977 folgende Klausel in alle Verträge mit ausländischen Firmen eingeführt: "The contractor confirms that he has no business or any other affiliation whatsoever, with apartheid South Africa". In der Praxis blieb aber diese Klausel ohne Wirkung.

Zwar haben die verschiedenen Verhaltenskodizes, Massnahmen und Drohungen in der Öffentlichkeit ein breites Echo gefunden; oft ist es aber beim politischen Druckversuch geblieben. In Wirklichkeit sind die Kontrollmechanismen rudimentär, und so wird es auch in Zukunft vor allem davon abhängen, inwieweit die einzelnen Firmen bereit sind, die Forderungen und Vorschläge in die Tat umzusetzen.

12. Mögliche Auswirkungen von Wirtschaftssanktionen

a) Auswirkungen auf Südafrika

Gegenwärtig ist Südafrika bereits von zwei Arten von Sanktionen betroffen, nämlich seit November 1973 durch ein Oelembargo der OPEC-Staaten, an welches sich Iran zur Zeit des Schahs allerdings nicht hielt, sowie seit November 1977 durch ein vom UNO-Sicherheitsrat verhängtes Waffenembargo.

Verschiedene südafrikanische Studien, die davon ausgehen, dass ein Embargo nie voll wirksam wäre, befassen sich mit den Auswirkungen auf die südafrikanische Wirtschaft.

Ein Embargo der südafrikanischen Exporte, das zu 50 % respektiert würde, ergäbe auf der Basis der Wirtschaftszahlen von 1976 eine Einbusse von 3,7 Mia Rand an ausländischen Devisen. Die Arbeitslosenzahl der Weissen, Inder und Mischlinge würde um ca. 225'000, diejenigen der Schwarzen um rund 900'000 zunehmen, was einer Ver vierfachung der bestehenden Arbeitslosenzahl gleichkäme. Die Volkseinkommen würden um 13 % sinken.

Ein Exportembargo, das nur zu 20 % eingehalten würde, hätte folgende Auswirkungen:

- 1,5 Mia Rand weniger Deviseneinnahmen
- Erhöhung der Arbeitslosenzahl um 90'000 für Weisse, Inder und Mischlinge, um 340'000 für Schwarze, was einer Verdoppelung der bestehenden Arbeitslosenquote gleichkäme.
- Einkommensrückgang um 5 %

Eine Verminderung der ausländischen Investitionen und Finanzkredite um 50 % hätte aufgrund der Zahlen von 1976 kurzfristig eine Schrumpfung des Bruttosozialproduktes von nur 1,3 %, eine Einkommenseinbusse von 1,2 % und eine Arbeitslosenzahl von 90'000 (davon 50'000 Schwarze) zur Folge. Langfristig hätte aber ein massiver Investitionsrückgang spürbare Auswirkungen. Ein Erliegen des ausländischen Kapitalflusses würde zweifellos eine empfindliche Stelle der südafrikanischen Wirtschaft treffen, die für ihre weitere Entwicklung und Diversifizierung nicht ohne ausländisches Kapital auskommt.

Ein vollständiges "Disinvestment" scheint aber ziemlich unwahrscheinlich, da das Engagement vieler ausländischer Firmen Grössenordnungen angenommen hat, die einen Rückzug nicht mehr erlauben. Ein Verkauf der getätigten Anlagen an südafrikanische Interessenten ist fast ausgeschlossen, da die Devisenbestimmungen nur die Ausfuhr von Zinsen und Dividenden gestatten.

Ein gegenüber Südafrika praktiziertes Importembargo, d.h. eine Nicht-Belieferung mit Gütern und Dienstleistungen, ist zahlenmässig schwieriger zu evaluieren. Südafrikanische Industrie- und Wirtschaftskreise sähen einem solchen Schritt mit Zuversicht oder gar Optimismus entgegen, da Südafrika die nötige landwirtschaftliche Basis, die notwendigen Rohstoffe (mit Ausnahme des Oels) sowie die Industrieanlagen besitzt, um bis zu einem weitgehenden Grade autark existieren zu können. Vielerorts rechnet man sogar mit einem erheblichen Wirtschaftsaufschwung, da man mit den vorhandenen (momentan durchschnittlich zu 15 % unausgelasteten) Produktionskapazitäten eine weitreichende Importsubstitution betreiben könnte.

Die damit verbundenen stark erhöhten Produktionskosten würden unter diesen Umständen kaum ins Gewicht fallen.

Die Umstellungsphase könnte allerdings zu einigen Problemen führen (so ist z.B. bekannt, dass kein einziger Automobilhersteller in Südafrika die Getriebe lokal produziert). Nach Angaben südafrikanischer Industrieller können nur ca. 20 % der getätigten Importe nicht in Südafrika hergestellt werden. Die Güter, die Südafrika vorwiegend einführen muss, sind Maschinen (65 % importiert), elektrische Ausrüstungen (45 %) und Chemieprodukte (25 %).

Ein totales Oelembargo würde Südafrika, trotz seiner besonderen Energiesituation (vgl. Kapitel über Energie) hart treffen. Für den Verkehrs- und Transportsektor sowie für das Militär ist Oel nach wie vor unentbehrlich.

Es ist bekannt, dass sich Pretoria administrativ auf Sanktionen vorbereitet hat. So sollen Pläne für Bewirtschaftungsmassnahmen vorhanden sein. Ferner besteht ein "Co-ordinating Council for Economic Warfare" mit 5 Unterkomitees, welche einem speziellen Ausschuss des Kabinetts unterstehen und die wirtschaftliche Produktion in den verschiedenen Sektoren planen und koordinieren sollen. Der "National Supplies Procurement Act", welcher 1978 in Kraft gesetzt wurde, sieht vor, dass der südafrikanische Wirtschaftsminister von jedem in Frage kommenden lokalen Produzenten (auch ausländischen!) die Herstellung resp. Lieferung einer Ware zu dem von ihm bestimmten Zweck veranlassen kann. Bei Verweigerung einer solchen Handlung können die gewünschten Güter auch beschlagnahmt werden.

Zur Bekämpfung einer wegen Sanktionen auftauchenden Arbeitslosigkeit grösseren Ausmasses wäre es zweifellos möglich, für Arbeitsbeschaffung zu sorgen (Ausbau von Infrastrukturprojekten, Uebergang zu arbeitsintensiver Produktion in geeigneten Sektoren).

Behörden und Bevölkerung Südafrikas sind im allgemeinen zuversichtlich, dass ein Wirtschaftsboykott, in welchem Rahmen auch immer er beschlossen würde, nie voll wirksam wäre, und das Land demzufolge auch nicht entscheidend treffen würde. Ein totaler Boykott könnte nur durch eine Blockade der südafrikanischen Häfen erzwungen werden. Es ist unwahrscheinlich, dass der Westen und insbesondere die Reagan-Administration angesichts der Zweischneidigkeit von Sanktionen sich bereit fänden, Mittel für die Verhängung einer totalen Blockade aufzubringen. Klammert man diesen Weg der Erzwingung von Sanktionen aus, so hätte Südafrika selbst bei strikter Einhaltung eines Sicherheitsrats-Beschlusses durch die westlichen Staaten (den Haupthandelspartnern) die Möglichkeit, einen Boykott zumindest bis zu einem gewissen Grade über zwei andere "rechtlose" Staaten - Taiwan und Südkorea - zu umgehen.

b) Auswirkungen auf die übrigen Staaten,
insbesondere die Nachbarstaaten

Eine Untersuchung des britischen Industrieverbandes hat ergeben, dass ein Südafrikaboykott eine Erhöhung der Arbeitslosenzahl in Grossbritannien um 75'000 bewirken würde. Grossbritannien verlöre nämlich einen seiner wichtigsten Exportmärkte.

Betroffen wären die Industriestaaten allerdings auch dadurch, dass sie nicht mehr auf die südafrikanischen Lieferungen wichtiger Rohstoffe wie Chrom, Uran und Platin zählen könnten. So wäre z.B. beim Chrom die Sowjetunion die einzige Alternative für die westlichen Firmen.

Zu diesen Perspektiven gesellt sich ein weiterer Aspekt: Bestimmt würde die südafrikanische Regierung nicht zögern, bei der Verhängung von Wirtschaftssanktionen mit Gegenmassnahmen zu antworten. Diese könnten für einige Staaten im südlichen Afrika verheerende Auswirkungen haben und zu einer ernsthaften, zusätzlichen Destabilisierung der ohnehin schon labilen Situation im ganzen Subkontinent führen. Falls sich alle UNO-Mitgliedstaaten an einem Boykott gegenüber Südafrika beteiligen müssten, würden z.B. Zaire erhebliche Probleme erwachsen, denn ein Grossteil seiner Kupferexporte (ca. 100'000 Tonnen jährlich) werden per Eisenbahn (via Sambia-Botswana) nach Südafrika transportiert und von dort aus verschifft. Die leeren Züge, welche nach Zaire zurückfahren, sind regelmässig mit Konsumgütern und Lebensmitteln gefüllt. Die Wiedereröffnung für den Eisenbahnverkehr der seit 1973 geschlossenen sambischen Grenze zu Zimbabwe ist ein deutlicher Beweis für die wirtschaftliche Bedeutung, welche Südafrika auch für dieses Land hat. Für Sambia sind die südafrikanischen Eisenbahnen und Häfen die zuverlässigste Verbindung für die Abwicklung des Aussenhandels, weil die einzige andere Verbindung, nämlich die Tanzam-Eisenbahn nach Dar-es-Salaam, wegen der beschränkten Kapazität des tanzanischen Hafens völlig unbefriedigend funktioniert. Die Möglichkeit eines regelmässigen Eisenbahnverkehrs zwischen Sambia und Südafrika ist für beide

Seiten von Vorteil: Einerseits wird Sambia in Zukunft einen Grossteil seiner Kupferexporte via Südafrika ausführen können. Auf der anderen Seite wird Südafrika zweifellos seine Exporte nach Sambia steigern können. Allerdings war es schon seit langem Sambias Hauptlieferant von Minenausrüstungen, pharmazeutischen Mitteln, Konsumgütern und - vor allem - Lebensmitteln. Diese Güter und Waren wurden entweder per Lastwagen (via Botswana) oder sogar per Flugzeug eingeführt. Bestimmt könnten im Sanktionsfalle die von Sambia benötigten Produkte auch von anderswo, in erster Linie wohl aus Europa, bezogen werden, was aber unweigerlich mit bedeutend höheren Transportkosten und längeren Lieferfristen verbunden wäre. Soweit Lebensmittel nicht eingeflogen würden, könnten sie Sambia nur via den Hafen von Dar-es-Salaam und die Tanzam-Eisenbahn erreichen.

Auch Malawi, das rund 35 % seiner Importe aus Südafrika bezieht, bekäme einen Handelsboykott zweifellos hart zu spüren.

Mosambik bezieht nach wie vor die meisten seiner Devisen aus Südafrika. Südafrika bietet ferner technische Hilfe für den Unterhalt der Eisenbahnen von Mosambik und hat auch, im Auftrag der Regierung Machel, das technische Management des Hafens von Maputo inne. Rund 60 % der Ausfuhren aus der Transval-Provinz Südafrikas erfolgen über Maputo, was Mosambik zu erheblichen Einnahmen an Hafengebühren verhilft. Schliesslich verdienen rund 61'000 Minenarbeiter aus Mosambik ihren Lebensunterhalt in Südafrika.

Die Gastarbeiter aus Mosambik würden, infolge der steigenden Arbeitslosen, zusammen mit den anderen Ausländern vermutlich als erste entlassen, und damit würden auch die Goldüberweisungen ausbleiben.

Am schlimmsten betroffen von einem Handelsembargo, resp. von südafrikanischen Retorsionsmassnahmen, wären aber zweifellos Botswana, Lesotho und Swaziland (abgekürzt BLS-Länder). Alle drei sind Binnenstaaten und in ihrer Versorgung von Südafrika abhängig. Dies geht vor allem aus den Importzahlen hervor: Swaziland und Lesotho beziehen über 90 %, Botswana rund 60 % ihrer Einfuhren aus oder via Südafrika. Die Exporte dieser Länder sind dagegen besser diversifiziert: Aus Swaziland und Botswana gehen nur 15 %, aus Lesotho dagegen immer noch 50 % aller Ausfuhren nach Südafrika. Die BLS-Länder sind überdies für ihre Importe und Exporte fast ausschliesslich auf die südafrikanischen Eisenbahnen und Häfen angewiesen. Eine Weigerung der südafrikanischen Behörden, diese Fazilitäten weiterhin zur Verfügung zu stellen, resp. die Durchfuhr gewisser Produkte (z.B. Oel) nicht mehr zuzulassen, würde für die BLS-Länder schwerwiegende Versorgungsprobleme zur Folge haben. Die Versorgung mit wichtigen Gütern könnte dann praktisch nur noch auf dem Luftwege erfolgen, weil die übrigen für diese Region in Frage kommenden Häfen (Beira, Maputo, Dar-es-Salaam) ungenügende Kapazitäten aufweisen und die Abfertigung dort unbefriedigend ist.

Die BLS-Länder sind zudem mit Südafrika in einer Zollunion verbunden; die von den südafrikanischen Behörden erhobenen und verwalteten Zolleinnahmen werden entsprechend einem vereinbarten Schlüssel verteilt. Diese Beträge sind für die BLS-Staaten lebenswichtig und machen für Botswana und Swaziland über 50 %, für Lesotho gar 70 % der gesamten Budgeteinnahmen aus. Bei Beteiligung an einem Wirtschaftsboykott würden sie dieser Einnahmen verlustig gehen. Ebenso würden Swaziland und Lesotho, die beide mit Südafrika einer gemeinsamen Währungsunion angehören, wahrscheinlich die Möglichkeit verlieren, den südafrikanischen Geld- und Kapitalmarkt zu benützen, wie dies zur Zeit der Fall ist. Ihre Währungsreserven werden zudem von der südafrikanischen Reservebank verwaltet. Im Falle eines Boykotts müssten sie damit rechnen, dass Südafrika diese Währungsreserven beschlagnahmen würde.

Sowohl Swaziland wie auch Lesotho beziehen ihren Strom vollständig aus Südafrika. Projekte für eigene Wasserkraftwerke bestehen zwar, sind jedoch bis heute nicht realisiert worden. Swaziland hat denn auch in jüngster Zeit wiederholt öffentlich erklärt, es werde sich an Sanktionen nicht beteiligen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Sanktionen gegen Südafrika kurzfristig nur geringe, mittel- und langfristig grössere Auswirkungen hätten. Die genannten Tatsachen zeigen, dass Südafrika zwar Schaden nähme, aber durchaus in der Lage wäre zu überleben. Für die umliegenden Staaten jedoch hätte ein Südafrikaboykott zum Teil verheerende Folgen. Auch wenn man anerkennt, dass Sanktionen, nach bisherigen Erfahrungen, mehr politischen als tatsächlich praktischen Wert haben, so bewirkten sie in Südafrika eine völlig unwünschbare Einigelung in eine "Lagermentalität", die auf Zeit hinaus sinnvolle Lösungsmöglichkeiten definitiv verbauen würde.

13. Schlussfolgerungen

- Südafrika hat eine starke, prosperierende Wirtschaft, deren Entwicklungspotential noch lange nicht ausgeschöpft ist. Das Land verfügt über gewaltige Rohstoffreserven. Die Wirtschaft leidet jedoch an gewissen Strukturschwächen. Die Industriestruktur (relativ wenig entwickelte Kapitalgüterproduktion) führt zu einer starken Importabhängigkeit. Die Verzerrungen am Arbeitsmarkt als Folge der Apartheid (hohe Arbeitslosigkeit Ungeschulter bei gleichzeitigem Mangel an Facharbeitern) sind eines der schwerwiegendsten Hemmnisse für ein weiteres Wirtschaftswachstum.

- Die weitere Entwicklung der südafrikanischen Wirtschaft wird längerfristig massgeblich davon mitbestimmt, dass es Südafrika gelingt, ausländisches Kapital und Know-how anzuziehen. Dazu bedarf es nicht nur günstiger wirtschaftlicher Voraussetzungen, sondern auch politischer Rahmenbedingungen, die geeignet sind, das Land aus seiner Isolation herauszuführen.

- Südafrika muss sich bereitfinden, glaubhafte innere Reformen, die den Abbau der Rassendiskriminierung in all seinen Formen zum zentralen Anliegen haben, an die Hand zu nehmen. Wirtschaftliche Sachzwänge - wie sie sich dem Land heute gerade angesichts seiner expandierenden Wirtschaft überall stellen - werden eine solche Entwicklung eher zu begünstigen vermögen als äusserer oder innerer politischer Druck. Kontraproduktiv erwiese sich ein Wirtschaftsboykott, der für die umliegenden Länder verheerende Folgen hätte und Pretoria in die "Wagenburg-Ideologie" zurückwürfe.

II. TEIL:

Die wirtschaftlichen Beziehungen Südafrikas zur Schweiz

1. Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen

Schon vor 1948 hatten sich sieben Schweizer Firmen in Südafrika niedergelassen. Nach dem in diesem Jahr erfolgten Machtwechsel durch Uebernahme der Regierungsverantwortung durch die "National Party" und der Konsolidierung ihrer Macht in den nächsten 3 Jahren kamen weitere 15 Schweizer Unternehmen hinzu. Ein beträchtlicher Anstieg schweizerischer Firmenpräsenz erfolgt ab 1961. Solcher Entwicklung steht der Rückzug der Firmen Bally und Escher-Wyss im Jahre 1962 gegenüber. Wiederholte Pressionsversuche in jüngerer Zeit seitens afrikanischer Länder (insbesondere Nigeria), Schweizer Firmen ultimativ zur Aufgabe ihrer Aktivitäten in Südafrika zu bewegen, waren nur in einem Fall (Panalpina) wirksam.

Vor allem der Reichtum an Bodenschätzen, die relative politische Stabilität, die billigen Arbeitskräfte sowie günstige gesetzliche Rahmenbedingungen haben Kapital und Unternehmen aus dem Ausland nach Südafrika gezogen.

2. Aussenhandel

	<u>Import*</u>	<u>Export</u>		<u>Saldo</u>
	(in Mio SFr.)			
1965	37,9	183,5		145,6
1969	38,1	256,7		218,6
1973	65,7	342,5		276,8
1974	79,7	507		427,3
1975	73,3	504,5		431,2
1976	69,0	371,1	1,00 % des Gesamtexports	302,1
1977	127,0	350,4	0,83 % des Gesamtexports	223,4
1978	109,1	362,4	0,86 % des Gesamtexports	253,3
1979	142,8	382,7	0,86 % des Gesamtexports	239,9
1980	212,2	499,3	1,00 % des Gesamtexports	287,1

* ohne Gold

Quelle: Schweizerische Aussenhandelsstatistik

In diesen Zahlen ist das Gold nicht eingeschlossen. Da der grösste Teil des in der Schweiz gehandelten Goldes mit der Schweiz nur als Transitstation in Berührung kommt, würde dessen Berücksichtigung in der Aussenhandelsstatistik zu einer Verfälschung des tatsächlichen Warenaustausches führen. Die südafrikanische Handelsstatistik hingegen berücksichtigt die Ausfuhr von Krügererrands; daher die Divergenzen in den Statistiken.

Im Verhältnis zu unserem gesamten Aussenhandel nimmt Südafrika eine eher bescheidene Stellung ein. Als Markt kommt diesem Land, das in den letzten drei Jahren zwischen 0,8 und 1 % unserer Ausfuhren bezog, ungefähr der gleiche Rang wie Brasilien, Dänemark oder Kanada zu. In den Jahren 1974 und 1975 hatten unsere Exporte mit 507 bzw. 504 Mio Franken einen relativ hohen Stand erreicht, der sich u.a. durch die Entwicklung des Goldpreises sowie den Anstieg der Verkäufe von Investitionsgütern erklärt. Die zyklische Verschiebung im Konjunkturverlauf zwischen Südafrika und der Schweiz führte in den Jahren 1976-78 zu einer starken Verminderung unserer Exporte. Die Exportzahlen 1980 widerspiegeln die mit dem markanten Wirtschaftsaufschwung einhergehende interne Investitionstätigkeit und damit eng verbunden die massiv angestiegenen Importe.

Seit dem 6. Dezember 1963 besteht ein allgemeines Embargo für schweizerische Waffenexporte nach Südafrika. Mit dem Inkrafttreten, im Jahre 1973, des neuen BG über die Ausfuhr von Kriegsmaterial wurde diese Praxis angesichts der Spannungen in und um Südafrika fortgeführt.

Die schweizerischen Exporte umfassen vorab Maschinen, mechanische Geräte und elektrische Ausrüstungen (47,5 %), chemische Produkte (26 %), optische und medizinische Instrumente, Präzisionswerkzeuge, Uhren (12,3 %).

Die Einfuhren setzen sich primär aus Edelsteinen und Agrarprodukten zusammen. Dazu stossen wichtige Rohstoffe, welche die Schweiz jedoch zum grössten Teil auf indirektem Weg importiert. So stammt z.B. 30 % des für die Schweiz bestimmten Natururans aus Südafrika. Es trifft allerdings erst nach Zwischenstationen in Frankreich und den USA in der Schweiz ein. Direkt aus Südafrika importiert die Schweiz den grössten Teil (92,7 %) ihres Bedarfs an Chrom.

3. Kapitalexporte

Aufgrund steigender nationaler und internationaler Kritik (UNO), insbesondere über die Entwicklung des Kapitalverkehrs mit Südafrika, wie auch angesichts der starken Zunahme schweizerischer Kapitalexporte nach Südafrika seit 1971 wurde ab 1975 für bewilligungspflichtige Kapitalexporte ein jährlicher Plafond von 200 bis 250 Mio Franken festgesetzt. Im Sinne von Artikel 8 des Bankengesetzes galt es, die wirtschaftlichen Landesinteressen zu wahren und mögliche Retorsionsmassnahmen der Organisation für die afrikanische Einheit oder einzelner afrikanischer Staaten gegenüber der Schweiz zu vermeiden.

Auf der Suche nach einer flexibleren Lösung bei grundsätzlicher Beibehaltung einer restriktiven Politik wurde Anfang 1980 auf den Begriff des "courant normal" abgestellt. Dieser wurde bei dieser Gelegenheit, um der weltweiten Inflation Rechnung zu tragen, auf 300 Mio Franken bemessen. Dieser Regelung sind auch die sogenannten Home-lands unterstellt.

Oeffentliche Anleihen werden nicht bewilligt. Konversionen bisheriger öffentlicher Anleihen können in Form von Notes oder Krediten ausserhalb des "courant normal" erfolgen.

Dem "courant normal" nicht unterstellt oder nicht anzurechnen sind:

- Kredite mit einer Laufzeit unter 12 Monaten
- Kredite und Anleihen mit einem Betrag unter 10 Mio Franken sowie Notes, die den Betrag von 3 Mio Franken nicht erreichen.

- Exportkredite
- Konversionen bzw. Verlängerungen bereits abgeschlossener Geschäfte (Kredite, Notes)
- die bewilligungspflichtigen Beteiligungen von Schweizer Banken an international syndizierten Krediten in Fremdwährung
- Exportfinanzkredite

Genehmigungspflichtiger Kapitalexport der Schweiz nach Südafrika (1971-1980)

	<u>Südafrika</u>	<u>weltweit</u>
1971	174 Mio Fr.	3'652 Mio Fr.
1972	31 Mio	3'110 Mio
1973	530 Mio	9'455 Mio
1974	31 Mio	5'656 Mio
1975	290 Mio	11'999 Mio
1976	246 Mio	19'070 Mio
1977	130 Mio	18'265 Mio
1978	586 Mio	21'890 Mio
1979	1'006 Mio	26'869 Mio
1980	427 Mio	23'322 Mio

Südafrikanische Obligationenanleihen

1972	100 Mio	3'028 Mio
1973	50 Mio	2'876 Mio

Zwischen 1945 und 1980 hat die Schweiz rund 4,6 Mia Fr. Kapital nach Südafrika exportiert, was ungefähr 2,5 % des gesamten genehmigungspflichtigen schweizerischen Kapitalexports entspricht.

4. Investitionen

Im Bereich der Investitionen liegen mangels einer offiziellen schweizerischen Statistik keine präzisen Zahlen vor. Es muss auf inoffizielle Zahlen und Schätzungen abgestellt werden. Schweizerische Schätzungen des Jahres 1978 beziffern die Investitionen auf ca. 3 Mia SFr. Davon sind ungefähr 600 Mio Direktinvestitionen und ca. 2,4 Mia Anlageinvestitionen. Diese Ziffern entsprechen ca. 5 % der ausländischen Investitionen in Südafrika. Die Schweiz belegt den 6. Platz in der Rangliste der ausländischen Investoren nach Grossbritannien, den USA, der BRD, Frankreich und Japan.

Südafrikanische Quellen (Angaben der staatlichen Reservebank) nannten für 1979 folgende Zahlen: Gesamtinvestitionen 2'305 Mio Rand, davon 706 Mio Direktinvestitionen, Anlageinvestitionen 1'599 Mio (1 Rand = ca. 2 Franken).

Die Investitionsrisikogarantie wird nicht gewährt, da Südafrika nicht als Entwicklungsland betrachtet wird.

Vor dem Hintergrund weiterhin aussichtsreicher wirtschaftlicher Perspektiven verfolgen Schweizer Unternehmen eine zwar vorsichtige, aber besonders in wichtigen Industriebereichen (Maschinen, Chemie) aktive Investitionspolitik.

Einen merklichen Anstieg verzeichneten schliesslich Gesuche von Schweizer Einzelpersonen für Investitionen im Grundstücksektor.

5. Exportrisikogarantie

Die Haltung der Schweiz wurde mehrmals aufgrund parlamentarischer Vorstösse dargestellt, letztmals in der Antwort auf die Einfache Anfrage Grobet vom Januar 1978. Der Bundesrat argumentierte damals wie folgt:

"Die Schweiz befolgt das Prinzip der Universalität der schweizerischen Wirtschaftspolitik. Demgemäss werden Handelsbeziehungen mit allen Ländern der Welt, ohne Rücksicht auf politische Strukturen, gepflegt. Diese Maxime gilt auch für die Exportrisikogarantie."

Auch was den Maximalansatz betrifft, wird Südafrika gleich behandelt (Deckung bis zu 90 %). Das Bundesengagement aus der Exportrisikogarantie gegenüber Südafrika ist im Verhältnis zum Gesamtengagement übrigens gering. Es beträgt etwa 2 %.

Bei Geschäften mit den Homelands kann die ERG nur dann in Anspruch genommen werden, wenn die südafrikanische "Reserve Bank" den Betrag ihrerseits garantiert.

Stand der ERG Ende Oktober 1980:

Fakturawert:	630 Mio
Garantiesumme:	526 Mio
Anfragen:	753 Mio

6. Schweizer Banken

Die drei Schweizer Grossbanken sind durch Vertretungen auf dem Platz präsent. Zusammen mit den deutschen Banken gehören sie zu den wichtigsten Kreditgebern Südafrikas, zu denen gegenwärtig auch die US-Banken zu zählen sind.

Grosse Infrastrukturvorhaben werden zum Teil mit Schweizer Krediten finanziert. Hinsichtlich der Fälligkeit sind unsere Finanzinstitute vorsichtig. Die maximale Frist beträgt heute 5 Jahre, doch wird nach Möglichkeit kürzeren Fristen den Vorrang gegeben. Weiterhin bilden die Grossbanken zur besseren Risikoverteilung in der Regel ein Konsortium bei Krediten über 50 Mio Franken.

7. Umfang und wirtschaftliche Bedeutung des "Goldgeschäftes" Schweiz-Südafrika

Die am 17. März 1968 beschlossene Spaltung und Liberalisierung des Goldmarktes hatte zur Folge, dass der Markt von London, über den sich bisher der grösste Teil des internationalen Goldhandels abwickelte, von seinen Versorgungsquellen abgeschnitten wurde. Den Zentralbanken war es nämlich von jenem Zeitpunkt an versagt, Gold auf dem freien Markt über dem offiziellen Preis von US\$ 35 zu kaufen oder zu verkaufen.

Die günstige Entwicklung seiner Zahlungsbilanz bewog Südafrika, mit seinen Verkäufen ebenfalls zuzuwarten. Ferner blieb der Londoner Goldmarkt aus Gründen, die nicht klar sind, während zwei Wochen geschlossen. Damit war die grosse Stunde für Zürich angebrochen. Die drei im Goldhandel führenden Grossbanken beschlossen unverzüglich, sich zu einem Pool zusammenzuschliessen und gemeinsam den Goldhandel wieder aufzunehmen. Da Zürich schon bisher als Sekundärmarkt eine gewichtige Rolle spielte, konnte der Goldpool Südafrika einen sichereren Absatz gewährleisten. Nach einigen erfolgreich abgewickelten Probeverkäufen Südafrikas an den Zürcher Goldpool, begann eine regelmässige Zusammenarbeit Form anzunehmen, die bis heute andauert.

Die politische und soziale Stabilität unseres Landes, die traditionelle Diskretion sowie die Zuverlässigkeit unserer Grossbanken waren ebenfalls Gründe, die Südafrika veranlassten, den Grossteil seiner Goldproduktion in Zürich abzusetzen.

Südafrikas Goldproduktion beträgt um 700 Tonnen pro Jahr - etwa 75 % der Weltproduktion (ohne UdSSR) - wobei das geförderte Gold in Barren oder Krügererrand auf den Markt gelangt. Wurden anfänglich rund 80 % über den Zürcher Goldmarkt geleitet, so ging in der Folge dieser Anteil in den letzten zwei Jahren ständig zurück. 1979 und 1980 erfolgten nur noch 55-60 % der südafrikanischen Goldverkäufe über den Zürcher Goldpool. Heute dürften es noch etwa 40 % sein. Für diese eigentliche Wende machen Bankenkreise vorab die Einführung der Warenumsatzsteuer verantwortlich. Gleichzeitig beeinflusste auch die Kreditpolitik (Konditionen) die Vermarktungsströme. Deutsche Banken, die Kredite mit längeren Fälligkeiten gewährten, haben dafür eine entsprechende Berücksichtigung bei den Goldverkäufen gefordert. Trotzdem bleibt das Südafrikageschäft für die Schweizer Grossbanken von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Laut "Financial Times" vom 20. November haben sich unsere Banken an einem Goldswap beteiligt, der es Südafrika ermöglichte, einen goldgedeckten Finanzkredit im Gegenwert von 2,6 Mio Unzen zu erhalten.

Gemäss schweizerischer Goldhandelsstatistik importierte unser Land 1980 für 3,2 Mia Franken Goldbarren und für 842 Mio Franken Krügererrands aus Südafrika. Diese Import-Exportstatistik besitzt jedoch wenig Aussagekraft über das tatsächliche Geschehen am Zürcher Goldmarkt.

B. Schweizerische Firmen in Südafrika

Die Vermarktung der südafrikanischen Goldproduktion ist für unsere Grossbanken ein lukratives Geschäft. Allerdings ist die Bedeutung Zürichs als Drehscheibe im internationalen Goldmarkt nicht allein darauf zurückzuführen, dass Südafrika den Löwenanteil seiner Barrengoldverkäufe in Zürich auf den Markt bringt. Denn auch die Sowjetunion leitet den Grossteil ihrer Verkäufe über den Goldmarkt von Zürich. Gegen zwei Drittel des gesamten Angebots an physischem Gold, d.h. ohne das an den Terminmärkten gehandelte "Papiergold" werden durch die Träger des Zürcher Goldmarktes absorbiert und von diesen an die industriellen Verbraucher, Horter und Anleger in der ganzen Welt weiterverkauft.

D		
C	1962	Hoffmann-La Roche
D	1968	Kuoni AG
M		Hertler-Müller AG
N	1958	Nestlé Alimentana
T	1948	Oerlikon Zürich
C	1969	Sandoz SA
T	1964	Adolf Seurer AG
M	1948	Schindler Holding
D	1950	Schweizerische Bankgesellschaft
D	1969	Schweizerischer Bankverein
D	1970	Schweizerische Kreditanstalt
D	1950	Schweizerische Rückversicherung
D	1960	Securities
M	1948	Staub Holding
M	1950	Süzer AG
D	1964	Swissair

8. Schweizerische Firmen in Südafrika

<u>Name der Firma</u>	<u>Gründungsdaten</u>	<u>Branche</u>
Alu Suisse	1964	M
Bally	1921-61	T
Bischoff Textil	1962	T
BBC	1963	M
Cementia Holding AG	1953	P
Ciba-Geigy	1950	C
Continentale Linoleum Union	1959	P
Escher-Wyss	1949-62	M
Fédération Horlogère/Ebauches	1966	U
Peter Hartmann AG	1973	C
Hasler Holding	1970	M/E
Holderbank Financière Glaris	1947	Z
Danzas		D
Hoffmann La Roche	1962	C
Kuoni AG	1968	D
Mettler-Müller AG		M
Nestlé Alimentana	1928	N
Oerlikon Bürhle	1948	T
Sandoz SA	1969	C
Adolf Saurer AG	1964	T
Schindler Holding	1948	M
Schweizerische Bankgesellschaft	1950	D
Schweizerischer Bankverein	1969	D
Schweizerische Kreditanstalt	1970	D
Schweizerische Rückversicherung	1950	D
Securitas	1960	D
Suchard Holding	1948	N
Sulzer AG	1950	M
Swissair	1964	D

Wild Heerbrugg	1959	E/M
Züllig AG	1950	M/T
Spedag		D
Anglo Alpha		Z
Bühler-Miag		M
Luwa		M
STAG		D

- C = Chemie/Arzneimittel
 D = Dienstleistungen
 E = Elektrizität/Elektronik
 M = Maschinen/Schwerindustrie
 N = Nahrungsmittel
 P = Paier/Linoleum
 T = Textilwaren/Schuhe
 U = Uhren
 Z = Zement/Erze

Quelle: Vereinigte Nationen

Die zwölf grössten in Südafrika tätigen schweizerischen multinationalen Unternehmen beschäftigen etwa 3'500 weisse und etwa 8'000 nicht-weisse Arbeitnehmer. Eine bei den wichtigsten schweizerischen Firmen durchgeführte Umfrage über die Einhaltung des "SACCOLA-CODES" (Verhaltenskodex der 10 grössten südafrikanischen Arbeitgeberorganisationen, der in seinen Forderungen im Vergleich zum EG-Code eher bescheiden und vorsichtig ist) hat folgendes Ergebnis gezeigt:

- Löhne der Nicht-Weissen durchschnittlich über den vom "Industrial-Council" vorgeschriebenen Mindestlöhnen.
- "Job-reservation" sozusagen abgeschafft. Die meisten Nicht-Weissen sind aber durch ihre Ausbildung bei der Rekrutierung stark benachteiligt.
- Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen sind zwar verbessert worden, gewisse Rassenschranken wie getrennte Kantinen, Toiletten, unterschiedliche Pensionskassen, diskriminierende Anschriften existieren teilweise immer noch. Oft sind es die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die es nicht erlauben, weitere Zugeständnisse zu machen.
- "Liaison committees" teilweise vorhanden oder im Entstehen begriffen (ein "liaison committee" besteht aus gewählten Vertretern der schwarzen Arbeitnehmer und Delegierten des weissen Managements; es verhandelt die Arbeitsbedingungen).

Im Vergleich zu anderen ausländischen Unternehmen, verfolgen die schweizerischen Firmen eine eher fortschrittliche Politik. Sie haben die Rassendiskriminierung in vielen Bereichen (Rekrutierung, Löhne, Ausbildung, Sozialleistungen) abgeschafft. Eine unterschiedliche Behandlung existiert noch im Bereich der Arbeitsbedingungen, der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der Ausbildung. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die ausländischen Unternehmen in der Regel positiv von den einheimischen Firmen abheben. Von der Verwirklichung des EG-Kodexes sind aber auch sie noch weit entfernt.

9. Uran und Atomtechnologie

Es ist festzuhalten, dass kein Natururan direkt in die Schweiz gelangt. Der Bedarf an angereichertem Uran wird von den Vereinigten Staaten und Frankreich in die Schweiz geliefert, basierend auf privatrechtlichen Verträgen zwischen Liefer- und Verbrauchern.

Schweizer Firmen werden im Zusammenhang mit Atomtechnologie in einem von der UNO 1979 veröffentlichten Rapport über Aktivitäten transnationaler Gesellschaften in Südafrika genannt. Hispano-Suiza und Sulzer South Africa sollen Kompressoren für die Atomanlage geliefert haben, ebenso soll BBC direkt am Bau dieses Werkes beteiligt gewesen sein.

* * *